



Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2

E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch

Telefon 071 913 53 53

Ausführlicher Bericht zur Beratung und zu den Abstimmungen des Traktandums 1 der ausserordentlichen Parlamentssitzung von heute Donnerstag, 10. Februar 2011

1. Bericht des Gemeinderates Bronschhofen und des Stadtrates Wil / Vereinigungsbeschluss

Zusammenfassung des Traktandums

Nach Gemeindevereinigungs-gesetz (GVG) des Kantons St. Gallen gliedert sich ein Gemeindevereinigungsprojekt in drei Phasen: Zuerst ist eine Grundsatzabstimmung durchzuführen, sodann eine Abstimmung über den Vereinigungsbeschluss. Diesen Volksentscheiden folgen die Abstimmung über die Vorläufige Gemeindeordnung, die Wahlen in den Stadtrat und in das Stadtparlament sowie die Bürgerversammlung zum ersten Voranschlag der vereinigten Gemeinde. Die Abstimmung über den Vereinigungsbeschluss ist dabei die letzte getrennte Abstimmung in beiden Gemeinden; die Abstimmung über die vorläufige Gemeindeordnung und die Bürgerversammlung zum ersten Voranschlag erfolgen sodann gemeinsam.

Im Juni 2008 haben die Räte von Bronschhofen und Wil einen Fahrplan für eine mögliche Vereinigung der beiden Gemeinden per 1. Januar 2013 verabschiedet. Nach der deutlich positiven Grundsatzabstimmung in beiden Gemeinden im September 2009 bildete die Ausarbeitung des Vereinigungsbeschlusses den nächsten wichtigen Meilenstein: Gemäss Artikel 4 GVG vereinbaren die Räte den Vereinigungsbeschluss, sofern die beteiligten Gemeinden der Einleitung des Vereinigungsverfahrens in der Grundsatzabstimmung zugestimmt haben.

Der Vereinigungsbeschluss ist der eigentliche «Fusionsvertrag»: Stimmen die Bürgerschaften sowohl von Wil als auch von Bronschhofen diesem Vereinigungsbeschluss an der Urne zu, wird die Vereinigung der beiden Gemeinden bindend, die vereinigte Gemeinde startet per 1. Januar 2013. Der Vereinigungsbeschluss legt fest, wie die neue Gemeinde in ihren Grundzügen organisiert ist. Konkret beinhaltet dies Name, Organisationsform und Wappen, Zeitpunkt für die Vereinigung und Zeitpunkt für die Entstehung, Einsetzung eines Konstituierungsrats mit Aufgabenumschreibung, Vollzug hängiger Beschlüsse der Bürgerschaften beider Gemeinden; Rechtsetzung und Finanzielles sowie die Überführung von Verwaltungsstellen, unselbständiger öffentlich-rechtlicher Unternehmen und des Personals.

Der Vereinigungsbeschluss muss durch das Departement des Innern des Kantons St. Gallen genehmigt werden, da es sich um eine rechtssetzende Vereinbarung handelt. In einer Vorprüfung hat das Departement des Innern am 14. Juli 2010 abgesehen von redaktionellen Bemerkungen keine inhaltlichen Einwände erhoben. Der Vereinigungsbeschluss wurde zudem an den Foren sowie in der Strategiekonferenz diskutiert und in dieser am 11. August 2010 zuhanden von Parlament und Bevölkerung einstimmig genehmigt.

Im September 2010 haben der Gemeinderat Bronschhofen und der Stadtrat Wil den Vereinigungsbeschluss und einen erläuternden Bericht verabschiedet. Dieser Bericht fasst die Ausgangslage des Gemeindevereinigungsprojekts zusammen und nennt Argumente für eine Vereinigung. Zudem liefert er einen Rückblick der Phase I bis zur Grundsatzabstimmung und der Phase II bis zum Vereinigungsbeschluss, der im Wortlaut und mit Erläuterungen wiedergegeben wird. Sodann listet der Bericht finanzielle Auswirkungen und weitere Aspekte der Vereinigung auf. Der Bericht wurde anschliessend einer vorberatenden Kommission des Wiler Stadtparlaments zugestellt. Da zum Vereinigungsbeschluss eine Volksabstimmung durchzuführen ist, hat das Stadtparlament das Geschäft in zwei Lesungen zu beraten. Die Volksabstimmung ist am 15. Mai 2011 vorgesehen.



Seite 2

Für die Beratung im Wiler Stadtparlament hat der Stadtrat einen Bericht und Antrag erstellt. Er fasst die Ausgangslage für die Gemeindevereinigung sowie die einzelnen Phasen bis hin zum nun vorgelegten Vereinigungsbeschluss kurz zusammen und gibt einen Überblick über das weitere Vorgehen und die Zuständigkeiten. Abschliessend stellt der Stadtrat den Antrag, der Vereinigungsbeschluss sei zu genehmigen und in zustimmendem Sinne den Stimmberechtigten zu unterbreiten.

Vorberatende Kommission

Eine nichtständige Siebner-Kommission unter dem Vorsitz von Patrick Bernold, CVP, hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt. Eintreten war dabei mit drei Ja- zu drei nein-Stimmen bei einer Abwesenheit mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten beschlossen worden. Schwerpunkte der Kommissionsberatung waren der fusionsbedingte Minder- und Mehraufwand, der Voranschlag der neuen Gemeinde, der Stellenbesetzungsplan, der Leistungsausgleich zwischen den Gemeinden sowie der Inhalt des Vereinigungsbeschlusses.

Die Kommission stellt keine eigenen Anträge; den Antrag des Stadtrats, der Vereinigungsbeschluss sei zu genehmigen und in zustimmendem Sinne den Stimmberechtigten zu unterbreiten, lehnt die Kommission mit zwei Ja- zu drei Neinstimmen bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit ab.

Eintretensdebatte

In seinem ausführlichen einleitenden Votum hielt **Kommissionspräsident Patrick Bernold**, CVP, fest, dass diese Vorlage kaum mit einer vorangegangenen Vorlage verglichen werden könne: Mit der vom Gemeindevereinigungsgesetz vorgeschriebenen Abstimmung zum Vereinigungsbeschluss gehe es in die zweite, entscheidende Phase des Vereinigungsprojektes zweier bislang unabhängiger, aber geografisch eng verzahnter Gemeinden. Mit einem Ja zum Vereinigungsbeschluss werde die Vereinigung der beiden Gemeinden verbindlich. In der Sitzung der vorberatenden Kommission sei vom eingeladenen Stadtpräsidenten Bruno Gähwiler betont worden, dass der Vereinigungsbeschluss die Rahmenbedingungen der Vereinigung regle und vom Wiler Stadtparlament nicht einseitig geändert werden könne.

In der Beratung in den drei Sitzungen der Kommission wurden insbesondere Fragen zum Stichentscheid im paritätisch zusammengesetzten Konstituierungsrat, zur Nennung der Verwaltungsstandorte im Vereinigungsbeschluss, zur Frage der Pensionskasse für das Personal von Stadt und Gemeinde sowie zu den Stellenbesetzungen und Zusammenführung des Personals erörtert. Diskutiert wurden zudem die finanzielle Ausgangslage für die vereinigte Gemeinde, der Synergiegewinn der Vereinigung und dessen längerfristige Auswirkungen sowie vorgesehene Leistungsausdehnungen auf das Gebiet Bronschhofen und die Einteilung in zwei Wahlkreise. Zur Beantwortung dieser Fragen und für weitere Ausführungen wurden Behördenmitglieder sowie Verwaltungsmitarbeitende der Stadt Wil beigezogen. Im Rahmen der Kommissionsarbeit waren zudem verschiedene Anträge auf Änderung des Vereinigungsbeschlusses vorgebracht worden, welche aber wieder zurückgezogen worden sind, da der Vereinigungsbeschluss vom Wiler Stadtparlament nicht einseitig geändert werden könne.

Kommissionspräsident Patrick Bernold zog abschliessend das Fazit, dass die vorberatende Kommission ihre Arbeit soweit erledigt habe, das heute die 1. Lesung des Geschäfts sachlich möglich sein sollte. Sodann betonte er mit Verweis auf das Ergebnis der Schlussabstimmung noch einmal, dass die Kommission klar gespalten sei in Bezug auf die Bewertung des bisherigen Vereinigungsprozesses sowie in Bezug auf die längerfristige finanzielle Auswirkung der Vereinigung – darum habe die Kommission den Antrag des Stadtrats vorerst abgelehnt.

Stadtpräsident Bruno Gähwiler verwies auf die Bedeutung der heutigen Beratung: „Das ist ein sehr wichtiges und zukunftsweisendes Geschäft – es bestimmt darüber, ob Wil in seiner heutigen Form bestehen bleibt oder



aber sich mit der Nachbargemeinde Bronschhofen zusammenschliesst und damit seine Position als drittgrösste Stadt im Kanton St. Gallen einerseits und als wichtiges Zentrum zwischen den Städten St. Gallen und Winterthur andererseits festigt.“ In seinem Eingangsvotum hielt er sodann einige Punkte fest: Im Gemeindevereinigungs-gesetz, das der Kanton St. Gallen 2007 in Kraft gesetzt hat, sei das Vorgehen für eine Gemeindevereini-gung verbindlich geregelt: Nach der Grundsatzabstimmung sei als zweites eine Abstimmung über den Vereini-gungsbeschluss durchzuführen. Das Gemeindevereinigungs-gesetz halte auch fest, wer den Vereinbarungsbe-schluss erarbeitet, nämlich die Räte. „Damit kann nicht einseitig das Parlament von Wil ändern, was gemeinsam ausgearbeitet wurde und für die Abstimmung in beiden Gemeinden gleich vorgelegt werden muss.“ Auch der Inhalt des Vereinigungsbeschlusses werde im Gemeindevereinigungs-gesetz vorgegeben. Von den Inhalten des Vereinigungsbeschlusses, wie er nun vorliege und heute beraten werde, könne nicht einfach etwas weggelassen und auch nicht beliebig etwas hinzugefügt werden. Zudem sei der Vereinigungsbeschluss nicht einfach völlig losgelöst und gänzlich autonom vom Stadtrat Wil und vom Gemeinderat Bronschhofen erarbeitet worden, son-derm sei vom Departement des Innern des Kantons St. Gallen genehmigt worden. Auch die Strategiekonferenz habe mitreden können und den Vereinigungsbeschluss am 11. August 2010 schliesslich zuhanden von Parla-ment und Bevölkerung einstimmig genehmigt. Auch jetzt habe das Parlament wieder etwas zu sagen zum vor-gelegten Vereinigungsbeschluss, nämlich ob es der Bevölkerung von Wil die Annahme oder Ablehnung empfeh-le. Wie gewohnt werde diese Empfehlung sodann in der Abstimmungsbroschüre wiedergegeben.

In den vergangenen Wochen und Tagen habe ein gewisses Mass an Kritik und Misstrauen im Raum gestanden in Bezug auf den Vereinigungsbeschluss. „Ich kann Ihnen versichern: Dem Stadtrat und dem Gemeinderat ist es keineswegs darum gegangen, Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier von diesem Prozess auszuschlies-sen oder Sie in irgendeiner Weise zu übervorteilen. Wir haben uns –nach bestem Wissen und Gewissen – mit dem Vereinigungsbeschluss befasst, geleitet vom Gemeindevereinigungs-gesetz. Das Ergebnis dieser sehr inten-siven und spannenden Arbeit liegt Ihnen mit dem Vereinigungsbeschluss sowie dem begleitenden Bericht von Stadt- und Gemeinderat vor. Ich danke Ihnen für eine konstruktive, aber auch eine sachliche Auseinanderset-zung mit diesem Geschäft“, schloss Bruno Gähwiler sein Einstiegs-votum.

Klaus Rüdiger, SVP, verwies namens seiner Fraktion auf die Landkarte: Ein Blick auf die Karte von Wil und Bronschhofen zeige, dass vieles zusammengewachsen sei – dennoch liege aber doch auch noch Trennendes dazwischen. Im Vorfeld der Grundsatzabstimmung habe die SVP unterstrichen, dass man dem darin geäusserten Ziel, nämlich weitere Vorabklärungen vorzunehmen, grundsätzlich positiv gegenüber stehe. Die damit geforder-ten Fakten würden nun aber nicht auf dem Tisch liegen. Daher könne die SVP dem Vereinigungsbeschluss nicht zustimmen, weil viele offene Fragen noch nicht befriedigend beantwortet worden seien. Diese „Blackbox“ habe die SVP dazu bewogen, einen Rückweisungsantrag zu stellen.

Mit der Zustimmung zum Vereinigungsbeschluss werde der Konstituierungsrat mit einer grossen Machtfülle ausgestattet – da bleibe der Grundauftrag des Parlaments, nämlich die Exekutive zu kontrollieren, auf der Stre-cke. Das Fusionstempo bezeichnete Rüdiger als „sehr ambitiös“, wobei ihm der Grund hierfür nicht klar sei. Auch nicht klar sei, ob die Vereinigung wirklich eine Effizienzsteigerung und Entwicklungschancen für die neue Gemeinde bringe – der Synergiegewinn von 300'000 Franken spreche eine andere Sprache.

Zusätzliche Informationen seien gefordert, so Rüdiger. „Daher stellt die SVP zusammen mit den Grünen prowil und den Grünliberalen einen Rückweisungsantrag mit folgendem Wortlaut: *Um der Wiler Stimmbürgerschaft im Vorfeld der Abstimmung ein Höchstmass an Transparenz zu gewähren sowie dem Stadtparlament die nötigen Entscheidungsgrundlagen für die Beratung zu präsentieren, ist die Vorlage mit den folgenden Aufträgen an den Stadtrat (unter Einbezug des Gemeinderates Bronschhofen) zurückzuweisen:*

- *Dem Stadtparlament sei die provisorische Gemeindeordnung im Sinne einer Empfehlung zur Beratung vorzu-legen. Diese muss verbindliche Aussagen über die Wahlkreisordnung sowie über die Kompetenzen von Par-lament und Stadtrat beinhalten.*
- *Die Leistungsunterschiede zwischen Wil und Bronschhofen sind departementsweise aufzulisten. Die Kosten-folgen bei positiver Leistungsanpassung sind auf der Grundlage der Gleichbehandlung der Bevölkerung der*



neuen Gemeinde in folgenden Bereichen durch die jeweiligen Departemente in nachvollziehbarer Weise auszuweisen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht abschliessend: FKV: Kultur- und Vereinsleben; BS: Volksschule, Schulsozialarbeit, Tagesbetreuung, sonderpädagogischer Bereich und Sport; BUV: Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts unter besonderer Berücksichtigung der Aufwertung der Quartiere, soziale Durchmischung, Umsetzung Tempo 30, Langsamverkehr, ÖV-Angebot inklusive Abendangebot mit Taxi, Unterhalt Strassennetz, Umsetzung Veloinitiative, Umsetzung Liegenschaftskonzept; SJA: Alterszentrum Sonnenhof, Pflegewohnungen, ambulante Pflege sowie finanzielle Sozialhilfe, Angebot Jugendarbeit; VS: externe Sicherheitsdienste/Stadtpolizei

- Das Departement VS soll dem Parlament ein Konzept unterbreiten, wie die Einbindung der öffentlich-rechtlichen Korporationen auf dem heutigen Gemeindegebiet von Bronschhofen vollzogen werden kann.
- Dem Parlament ist eine Auflistung der Baulandreserven vorzulegen, welche sich im privaten Besitz oder im Besitz der Gemeinde Bronschhofen befinden. Im Vergleich dazu sind für die Stadt Wil die gleichen Angaben vorzulegen.

Vor eineinhalb Jahren habe der Stadtrat detailliertere Fragen zu den Folgen des Vereinigungsprojektes als zu früh zurückgewiesen, kritisierte **Luc Kauf, GRÜNE prowil**. Damals hätten die GRÜNE prowil dies gezwungenermassen zur Kenntnis nehmen müssen und sich auf das Projekt eingelassen, obwohl die Fraktion damals schon den Zeitplan kritisiert habe. Das „Ja“ zur Grundsatzabstimmung werde nun von „Fusionsturbos“ als Freikarte für ein nicht mehr zu bremsendes Voranschreiten hin zu einer vereinigten Gemeinde interpretiert. Damals, so Kauf weiter, sei vom SR immer wieder betont worden, dass es bei der Grundsatzabstimmung nicht um die Fusion gehe, sondern nur um unverbindliche weitere Abklärungen. Die nun offensichtlich gewordene Metamorphose von „Weitere Abklärungen vornehmen“ hin zu „Zustimmung zum Vereinigungsverfahren“ erstaune die GRÜNEN prowil nun sehr. „Die Fusion einer steuerstarken mit einer steuerschwachen Gemeinde ist erstmalig im Kanton und scheint von den Räten unterschätzt worden zu sein. Dabei kann ein partizipatives Verfahren nicht in eineinhalb Jahren durchgewürgt werden.“ Zudem: Bronschhofen komme mit der Vereinigung insbesondere in den Genuss eines sinkenden Steuerfusses – wo aber liege der Gewinn für Wil? Hierzu gebe es seitens des Stadtrates keine Aussagen. „Es scheint, als sollen detaillierte Abklärungen einem möglichst raschen Vereinigungsverfahren geopfert werden. Wir können aber dem Vereinigungsbeschluss erst zustimmen, wenn wir über mehr Informationen verfügen. Daher sprechen sich die GRÜNEN prowil für die Rückweisung aus und bitte um Unterstützung für den gemeinsamen Antrag.“

Die SP-Fraktion, so **Dario Sulzer, SP**, sei dem Vereinigungsprojekt anfänglich durchwegs positiv gesinnt gewesen, nach und nach hat sich aber eine immer kritischere Sicht ergeben. Dennoch lasse sich zusammengefasst sagen, dass die SP grundsätzlich immer noch zur Vereinigung stehe, auch wenn die Art und Weise des Prozess Anlass zur Kritik gebe. „Wir sind der Meinung, dass es für einen solchen Prozess am ehesten Erfolg versprochen hätte, wenn er von unten initiiert worden und aus einem Bedürfnis der Bevölkerung entstanden wäre. Doch der Anstoss zu diesem Projekt kam von oben, von den beiden Exekutiven.“ Ob dies nun ein Zeichen von Weitsicht sei oder aber an der Bürgerschaft vorbeiziele? Mitwirkung sei für die Bevölkerung zwar in Foren und via Strategiekonferenz möglich gewesen, die SP stelle sich aber die Frage, ob dies ausreiche? Echte Partizipation setze echte Einbindung und echtes Interesse der Bevölkerung voraus – doch dies fehle. „Die Frage bleibt: Hat unsere Mitwirkung auch eine echte Wirkung?“ In Sachen Mitwirkung seien auch die Kompetenzen des Stadtparlaments ein wichtiger Punkt: „Erst ab 2013 kann das Stadtparlament wieder effektiv mitreden.“ Das sei schlecht: Der Stadtrat, so Sulzer, hätte frühzeitig Wege suchen müssen, dass Parlament doch einzubinden und es so in Pflicht und Verantwortung zu nehmen. „Der Stadtrat und der Gemeinderat haben betont, dass die neue Gemeinde als Gemeinde mit Parlament organisiert werden soll. Wir nehmen beide Behörden sowie auch die Stimmbürgerschaft, welche nun voraussichtlich über den Vereinigungsbeschluss abstimmen können wird, beim Wort: Wer ja sagt zur Vereinigung, der sagt auch ja zum Parlament.“ Schliesslich hielt Dario Sulzer fest, dass Zeitdruck nicht gerade förderlich sei für ganzes Projekt.

Schliesslich stellte Dario Sulzer namens der SP im Falle des Eintretens einen Antrag für die Detailberatung in Aussicht: *Die vorberatenden Kommission „Bericht des Gemeinderates Bronschhofen und des Stadtrates Wil /*



Vereinigungsbeschluss“ wird beauftragt, vor der 2. Lesung folgende Punkte zu beraten und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten:

- *Finanzielle Auswirkungen: Die Kostenfolgen der Leistungsanpassung sind auf der Grundlage der Gleichbehandlung der Bevölkerung der neuen Gemeinde in folgenden Bereichen durch die jeweiligen Departemente in nachvollziehbarer Weise auszuweisen: FKV: Kultur- und Vereinsleben; BS: Volksschule, sonderpädagogischer Bereich, Sport; BUV: Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts unter besonderer Berücksichtigung der Aufwertung Quartiere, soziale Durchmischung, Umsetzung Tempo 30, Langsamverkehr, ÖV-Angebot inklusive Abendangebot mit Taxi, Unterhalt Strassennetz, Umsetzung Veloinitiative, Umsetzung Liegenschaftskonzept; SJA: Alterszentrum Sonnenhof, Alter- und Pflegewohnungen, ambulante Pflege, Sozialhilfe, Jugendarbeit.*
- *Bezüglich des Leistungsstandards wird vom Stadtrat eine klare Aussage erwartet, dass er sich nach Kräften dafür einsetzen wird, dass in der neuen Gemeinde keine Niveauanpassung nach unten vorgesehen ist. Für die ganze Gemeinde Wil soll das gleich gute Angebot gelten.*
- *Vorläufige Gemeindeordnung: Dem Stadtparlament sei die provisorische Gemeindeordnung zur Beratung vorzulegen. Diese muss verbindliche Aussagen über die Kompetenzen von Parlament und Stadtrat beinhalten*

Die SP sei zuversichtlich, dass der Stadtrat diese Fragen innert nützlicher Frist vor einer zweiten Lesung beantworten könne, und spreche sich daher für Eintreten auf diese Vorlage und gegen eine Rückweisung aus.

Christof Gämperle, FDP: Ein Blick auf die gut gefüllte Besuchertribüne zeige sehr wohl dieses „feu sacre“, dieses Interesse der Bevölkerung. Im Projekt Gemeindevereinigung gehe es um die Zukunft – und dazu eindeutige Aussagen zu machen, sei nicht einfach. Es sei nachvollziehbar, dass dies gewisse Unsicherheiten und Ängste wecke. „Bronschhofen und Wil sind in diesem Projekt gleichberechtigte Partner – der Vereinigungsbeschluss ist kein einseitiges Wunschkonzert des Parlaments, sondern unter Partnern auszuhandeln.“ Man habe in der bisherigen Eintretensdebatte viele Voten gehört zum Nutzen, den die Vereinigung habe oder eben nicht habe, aber auch zu den Leistungsstandards in Wil und Bronschhofen respektive in der vereinigten Gemeinde. „Geschätzte Mitglieder des Parlaments: Wir sind es, die dieses Niveau bestimmen, denn das Parlament bewilligt die Ausgaben und damit auch die Standards.“ Der Vereinigungsbeschluss sei kurz gehalten – und das sei sinnvoll: Es sei eine irriige Meinung, dass lange Verträge per se besser sind und mehr Sicherheit bieten. „Im vorliegenden Vereinigungsbeschluss ist grundsätzlich alles geregelt, was notwendig ist.“ Daher spreche sich die FDP klar für Eintreten und gegen den Rückweisungsantrag aus.

Christoph Hürsch, CVP: Die CVP-Fraktion sei der Meinung, dass mit Blick auf die Vorteile einer Vereinigung – eine zukunftsgerichtete Ergänzung des Stadtgebiets – auf das Geschäft eingetreten werden müsse. Es sei bereits viel Arbeit geleistet worden in den Foren und in der Strategiekonferenz sowie in den Behörden und in den Verwaltungen – die Ergebnisse seien aber nicht sichtbar im vorgelegten Vereinigungsbeschluss. Das sei aber auch verständlich: Eine Gemeindevereinigung sei ein umfangreicher Prozess, der seine Zeit brauche. Die Kritik, das Parlament habe zu wenig mitreden oder mitverhandeln können, liess Hürsch nicht gelten: Mitsprache sei in den Foren und in der Strategiekonferenz sehr wohl möglich gewesen. Der Vereinigungsbeschluss biete auf seinen vier Seiten zwar „wenig Fleisch am Knochen“. In der Vorläufigen Gemeindeordnung, die jetzt zur Vernehmlassung freigegeben worden sei, sei da schon mehr Substanz enthalten. Die CVP sei dafür die Aufträge aus dem SP-Antrag zu übernehmen und die Antworten darauf an einer zweiten Lesung zu beraten und spreche sich darum für Eintreten und gegen Rückweisung aus.

Erika Häusermann, grünliberale: Die grünliberalen seien grundsätzlich für die Fusion. Zustimmung zum Vereinigungsbeschluss sei aber nur möglich, wenn derzeit noch offene Fragen beantwortet würden. „Das nämlich schafft Vertrauen – und genau das fehlt im Moment hier in Wil. Ich unterstütze die bisher gestellten Anträge, damit weitere Fragen beantwortet werden können. Wir wollen nicht die Katze im Sack kaufen und unter Zeitdruck zu allem Ja und Amen sagen, sondern sorgfältig arbeiten.“ Schliesslich sei eine Gemeindevereinigung ein wichtiges Geschäft, das nicht später „einfach durch einen Scheidungsrichter wieder rückgängig gemacht werden kann. Wir haben keinen Zeitdruck und sollten uns daher die Zeit nehmen für die neue Gemeinde.“



Seite 6

Ruth Frick, CSP: „Für mich stellt die Gemeindevereinigung kein Blindflug dar, sondern für mich ist das Projekt nachvollziehbar.“ Goethe habe einst geschrieben, „Immer zu misstrauen ist ein Irrtum - wie auch immer zu trauen.“ Derzeit stehe viel Misstrauen im Raum. „Ich sehe in der Vereinigung Vorteile und bin stolz in einer Stadt zu leben, die eine Vorwärtsstrategie verfolgt.“ Zudem stünden dem Parlament genügend Instrumente zur Verfügung, sich einzubringen.

Die Vorbereitung einer Fusion könne nicht alle Eventualitäten und Fragen im Voraus klären und abdecken, hielt **Roland M. Bosshart, CSP**, fest: „Sonst kommt es nie zu einer Fusion.“ Als Bürger, der bei der Grundsatzabstimmung Ja gestimmt hat, erwarte ich, dass es nun vorwärts geht. „Ich bringe den Behörden das Vertrauen entgegen, dass die Fusion gut vorbereitet ist und die Bevölkerung sehr gut mit einbezogen wurde – mit Foren und Informationsmaterial der Stadt.“ Er sei überzeugt, dass die Bürger „sich mündig fühlen und in der Lage sind, über die Vereinigungsfrage abzustimmen, aber ganz gewiss kein Verständnis für politische Ränkespiele im Parlament haben.“

Selbst ein Weg von 1000 Meilen beginne mit dem ersten Schritt, zitierte **Ruedi Schär, CVP**, ein japanisches Sprichwort. „Geben wir der Bevölkerung von Wil und von Bronschhofen doch die Gelegenheit, ebendiesen ersten Schritt zu gehen. Wagen wir als Parlament auch diesen ersten Schritt – in eine positive Zukunft“, rief er das Parlament auf.

Er wolle nicht in sieben Jahren in der Zeitung lesen müssen: „Die Fusion trifft den Mittelstand.“, führte **Guido Wick, GRÜNE prowil**, aus und schlug damit in Analogie die Brücke zu den derzeitigen Sparanstrengungen des Kantons. In der Botschaft der Regierung an den Kantonsrat stehe, dass ein Steuerfuss in der Höhe des aktuellen Satzes von Wil für beide Gemeinden als attraktiv bezeichnet werden dürfe. Diesen Steuerfuss auch nach Wegfall des Startbeitrages beibehalten zu können, bedinge indes Anstrengungen der Behörden – Sparanstrengungen nämlich. „Ich befürchte, dass solche Sparanstrengungen dann insbesondere freiwillige Leistungen treffen werden wie Beiträge an die Kultur und die Vereine, an das ÖV-Angebot, an die Kinderbetreuung, an kostenintensive Massnahmen im Stadtentwicklungskonzept, für soziale Leistungen, an Massnahmen für mehr Umweltschutz.“. Der Vorwurf, man ignoriere den Volkswillen, stimme nicht: „Es ist legitim, Fragen zu stellen. M Vereinigungsprojekt ist es nicht oberstes Ziel, den einmal gestellten Zeitplan einzuhalten. Oberstes Ziel ist vielmehr, inhaltlich qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten! Wenn das bedeutet, dass die Bearbeitung des Geschäftes mehr Zeit braucht, dann heisst das: Nehmen wir uns diese notwendige Zeit!“

Susanne Hartmann, CVP, hielt fest, dass sie der Vereinigung grundsätzlich positiv gegenüberstehe. „Ich weiss aber nicht, ob ein solcher Zusammenschluss kurz- oder mittelfristig erfolgen soll.“ Der ganze Fusionsprozess stehe nicht unter einem guten Stern – das Klima sei von mangelndem Vertrauen geprägt. Negativ beurteile sie auch das Gemeindevereinigungsgesetz, dass Gemeinden mit Parlament zu wenig Rechnung trage. Diese Umstände führten zu Verunsicherung – nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei den Mitarbeitenden der Stadt Wil, kritisierte sie die mangelnde interne Information des Stadtrates. Bezüglich der Mitwirkung hielt Susanne Hartmann fest, dass diese in der Strategiekonferenz zwar möglich gewesen sei. „Da sind aus meiner Sicht aber die falschen Themen behandelt.“ Diskutiert habe man über die Grösse von Bären und Schnecken – Aussagen zu finanziellen Auswirkungen einer Vereinigung seien aber ausgeblieben. Sie unterstellte daher der Strategiekonferenz „eher die Funktion eines Feigenblattes“. Noch gebe es offene Fragen, die geklärt werden müssten. Sie unterstütze daher nicht den Antrag auf Rückweisung, sondern den Antrag der SP.

Jammern am Gemeindevereinigungsgesetz nütze nichts – daran könne nichts mehr geändert werden, führte **Norbert Hodel, FDP**, an. Die Kritik, das Gemeindevereinigungsgesetz heble Parlament und Volk aus, sei nicht zutreffend. Im Gesetz stehe klar, dass bei einem Ja zur Grundsatzabstimmung die Räte den Vereinigungsbeschluss ausarbeiten und diesen dann der Stimmbevölkerung vorlegen würden. Er richtete einen Appell an das Demokratieverständnis des Parlaments: „Das Volk hat das Recht, über diese Vorlage abzustimmen. Wenn das Parlament dies bekämpfe, dann seien sie Verhinderer eines Prozesses, der in der Grundsatzabstimmung angestossen worden sei. Man könne ein Projekt „auch zu Tode befragen – und genau an diesem Punkt sind wir jetzt. Wer bei einer Heirat im Voraus alle Details bis ins letzte geklärt haben will, der wird wohl niemals heiraten können.“ Er spreche sich dafür aus, den Rückweisungsantrag abzulehnen und damit dem Volk die Chance zu



Seite 7

geben, am 15. Mai zur Vorlage ja oder nein zu sagen. **Susanne Hartmann, CVP**, wehrte sich gegen diesen Vorwurf von Norbert Hodel: „Es ist zutreffend, dass das Volk das Recht hat, über den Vereinigungsbeschluss abzustimmen – aber ob diese Abstimmung am 15. Mai oder im Juli oder im September stattfindet, ist belanglos.“

Er freue sich, dass die SP die gleichen Fragen aufgegriffen habe, die auch in ihrem Antrag gestellt wurden, führte **Klaus Rüdiger, SVP**, aus. Aber ob Dario Sulzer wirklich glaube, dass diese umfangreichen Fragen in der knappen Zeit bis zur zweiten Lesung vom Stadtrat befriedigend beantwortet und anschliessend auch von der vorbereitenden Kommission beraten werden können? „Wohl kaum“, so Rüdiger. „Und der Vorwurf, mit unserem Rückweisungsantrag wollten wir dem Volk den ihm zustehenden den Entscheid vorenthalten, stimmt nicht: Wir wollen nur etwas mehr Zeit und nicht die Urnenabstimmung streichen.“

Dass die Bevölkerung hat mit fast 80 Prozent Ja gesagt habe in der Grundsatzabstimmung, rief **Marianne Mettler, SP**, in Erinnerung: Die Vereinigung also nicht bloss ein Anliegen der Behörden, sondern es besteht auch ein Interesse am Projekt in der Bevölkerung.“ In den Verhandlungen seien Wil und Bronschhofen gleichwertige Partner gewesen – auch wenn heute die Grösse oder die Finanzkennzahlen unterschiedlich sein mögen. Man müsse klar sagen: „Bronschhofen ist keine armengemässige Gemeinde – sie könnte sehr wohl auch selber weiterbestehen, ohne Wil.“ Das Beispiel der Grossfusion im Glarnerland zeige, dass ein solches Projekt sehr wohl zeitlich schlank bewältigt werden kann. Ob Wil den weniger fähig sei, dass sicherheitshalber lieber noch ein paar Jahre mehr eingesetzt würden für Vorarbeiten und Abklärungen? „Ich glaube eher, wir sind Perfektionisten, die alles im voraus überaus detailliert geklärt haben wollen.“ Dabei müsse man doch auch einmal den nötigen Weitblick haben. „Mit der Vereinigung werden wir politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich stärker. Sicher, uns erwartet kein Quantensprung wie im Glarnerland, aber doch ein Stück positiver Weiterentwicklung.“

In verschiedenen Voten sei denjenigen Parlamentsmitgliedern das Demokratieverständnis abgesprochen worden, welche einen Rückweisungsantrag stellen, kritisierte **Eva Noger, GRÜNE prowil**: „Aber genau das ist doch ein Ausdruck von Demokratieverständnis: Es muss doch klar sein, worüber abzustimmen ist, wenn abgestimmt wird.“

Man nehme den Antrag der SP ernst, so **Stadtpräsident Bruno Gähwiler**: „Der Stadtrat wird versuchen, mit dem Gemeinderat Bronschhofen vor der zweiten Lesung alle gestellten Fragen zu beantworten, soweit sie zum jetzigen Zeitpunkt beantwortbar sind.“ Gerade bezüglich der Kosten sei dies nicht in allen Belangen der Fall. In Sachen Leistungsausdehnung hielt er fest, dass nicht alle Leistungen direkt mit dem Start der neuen Gemeinde angeglichen werden könnten. Zudem könnten sich die Bedürfnisse im Laufe der Zeit verändern, so dass eine Angleichung nicht zwingend sein müsse. Letztlich liege die Kompetenz über Leistungsanpassungen beim Parlament, das via Voranschlag Einfluss nehmen könne. In der Frage des Wappens sei in den Foren und in der Strategiekonferenz konsultativ abgestimmt worden, wobei jeweils der Kombinationsvorschlag obsiegt habe. Bezüglich Zeitdruck hielt Bruno Gähwiler fest, dass der Stadtrat keine Panik mache hinsichtlich des Abstimmungstermins 15. Mai. Eine gewisse Verzögerung sei sicher vertretbar, dennoch gebe es ein paar zeitliche Eckpunkte wie etwa die Abstimmung im Kantonsrat über die Förderbeiträge. Dies liess **Guido Wick, GRÜNE prowil**, nicht gelten: Zeitdruck bestehe auch mit Blick auf die Abstimmung bezüglich des Förderbeitrags des Kantons nicht, denn die kantonalen Gelder seien nicht an den Zeitpunkt, sondern nur an die Tatsache der Vereinigung von Wil und Bronschhofen gebunden.

Juri Defendi, SVP, beantragte Namensaufruf für die Abstimmung zum Rückweisungsantrag der SVP, GRÜNEN prowil und grünliberalen.

Abstimmungen zu den Anträgen in der Eintretensdebatte:

Antrag Juri Defendi, SVP: Die Abstimmung zum Rückweisungsantrag sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Dieser Antrag erreichte die notwendige Anzahl von 14 Stimmen.



Antrag SVP, GRÜNE prowil, grünliberale: Um der Wiler Stimmbürgerschaft im Vorfeld der Abstimmung ein Höchstmass an Transparenz zu gewähren sowie dem Stadtparlament die nötigen Entscheidungsgrundlagen für die Beratung zu präsentieren, ist die Vorlage mit den folgenden Aufträgen an den Stadtrat (unter Einbezug des Gemeinderates Bronschhofen) zurückzuweisen:

- Dem Stadtparlament sei die provisorische Gemeindeordnung im Sinne einer Empfehlung zur Beratung vorzulegen. Diese muss verbindliche Aussagen über die Wahlkreisordnung sowie über die Kompetenzen von Parlament und Stadtrat beinhalten.
- Die Leistungsunterschiede zwischen Wil und Bronschhofen sind departementsweise aufzulisten. Die Kostenfolgen bei positiver Leistungsanpassung sind auf der Grundlage der Gleichbehandlung der Bevölkerung der neuen Gemeinde in folgenden Bereichen durch die jeweiligen Departemente in nachvollziehbarer Weise auszuweisen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht abschliessend: FKV: Kultur- und Vereinsleben; BS: Volksschule, Schulsozialarbeit, Tagesbetreuung, sonderpädagogischer Bereich und Sport; BUV: Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts unter besonderer Berücksichtigung der Aufwertung der Quartiere, soziale Durchmischung, Umsetzung Tempo 30, Langsamverkehr, ÖV-Angebot inklusive Abendangebot mit Taxi, Unterhalt Strassennetz, Umsetzung Veloinitiative, Umsetzung Liegenschaftskonzept; SJA: Alterszentrum Sonnenhof, Pflegewohnungen, ambulante Pflege sowie finanzielle Sozialhilfe, Angebot Jugendarbeit; VS: externe Sicherheitsdienste/Stadtpolizei
- Das Departement VS soll dem Parlament ein Konzept unterbreiten, wie die Einbindung der öffentlich-rechtlichen Korporationen auf dem heutigen Gemeindegebiet von Bronschhofen vollzogen werden kann.
- Dem Parlament ist eine Auflistung der Baulandreserven vorzulegen, welche sich im privaten Besitz oder im Besitz der Gemeinde Bronschhofen befinden. Im Vergleich dazu sind für die Stadt Wil die gleichen Angaben vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Dieser Antrag wurde mit 15 Ja- bei 25 Nein-Stimmen abgelehnt, damit hat das Stadtparlament gleichzeitig Eintreten auf die Vorlage beschlossen.

Detailberatung

Nachdem Eintreten beschlossen worden sei, bringe die SVP nun im Sinne einer „Schadensbegrenzung“ konkrete Kritikpunkte am Vereinigungsbeschluss an und stelle dazu zusammen mit den GRÜNEN prowil und den grünliberalen vier Anträge, so **Klaus Rüdiger, SVP**. Er beantrage, dass darüber jeweils unter Namensaufruf abzustimmen sei.

Antrag 1: Der Stadtrat wird beauftragt, den Artikel „2. Organisation“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen folgendermassen zu ergänzen: Die neue Politische Gemeinde Wil organisiert sich als Gemeinde mit Parlament (mit 40 Mitgliedern). Sie bildet einen Wahlkreis. „Wir wollen eine Gemeinde werden – also soll man auch einen Wahlkreis bilden“, so Rüdiger.

Antrag 2: Der Stadtrat wird beauftragt, den bisherigen Artikel „3. Wappen“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen zu streichen und mit dem neuen Artikel „3. Wappen“ zu ergänzen: Die neue Politische Gemeinde Wil führt das Wappen der bisherigen Politischen Gemeinde Wil.



Antrag 3: Der Stadtrat wird beauftragt, den Absatz 3 des Artikels „5. Konstituierungsrat“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen folgendermassen zu ergänzen: Der Konstituierungsrat leitet das Vereinigungsverfahren und vollzieht den Vereinigungsbeschluss, soweit nicht die Räte der beteiligten Politischen Gemeinde Wil und Bronschhofen zuständig sind; informiert die Öffentlichkeit über das Vereinigungsverfahren; informiert das Parlament über den Stand des Vereinigungsverfahrens. Das Parlament kann zu den Informationen Stellung nehmen und Empfehlungen abgeben.

Antrag 4: Der Stadtrat wird beauftragt, den Absatz 1 des Artikels „7. Überführung von Verwaltungsstellen, Gemeindeunternehmen / Anstalten und Personal“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen zu streichen.

Christof Gämperle, FDP, hielt fest, dass alle die mit diesen Anträgen zu bestimmenden Details partnerschaftlich ausgehandelt worden seien zwischen Stadtrat und Gemeinderat. Nur habe die Bürgerschaft von Bronschhofen kein Parlament, das dem Gemeinderat ähnliche, aber um 180 Grad gekehrte Aufträge erteilen könne und so die eigenen Interessen gegenüber Wil unterstreichen könne. Die Stimme Bronschhofens fehle hier im Stadtparlament. Es könne nicht sein, das Wil damit einfach über den Partner Bronschhofen bestimme und so Bronschhofen zum eigentlichen „Untertanengebiet“ mache. Diesen Vorwurf, man sei rückständig und wolle Bronschhofen zu Untertanen machen, liess **Guido Wick, GRÜNE prowil**, nicht gelten. Es sei „das natürlichste der Welt, dass – wenn ein Riese mit einem Zwerg verhandelt – sich der Riese nicht bis aufs Kinn herablässt.“

Im Vereinigungsbeschluss stehe, dass die Bürgerschaft an einer Bürgerversammlung über den ersten Vorschlag der neuen Gemeinde befinde, führte **Erika Häusermann, grünliberale**, aus. Dies sei zu ändern, der Vorschlag sei dem Stimmvolk an der Urne vorzulegen. **Stadtpräsident Bruno Gähwiler** verwies diesbezüglich auf das Gemeindegesetz, das regle, welche Entscheide an der Urne oder an der Bürgerversammlung vorzunehmen seien: „Das Gemeindegesetz hält fest, dass in diesem Fall an der Bürgerversammlung abzustimmen ist. Das hat auch der Kanton in einer Prüfung so bestätigt und als rechtens erklärt.“ Der Antrag Häusermann sei damit nicht zulässig, stellte **Parlamentspräsident Mario Schmitt** fest. In der Folge zog **Erika Häusermann** ihren Antrag zurück. **Sebastian Koller, GRÜNE prowil**, erkundigte sich danach, ob der erste Vorschlag 2013 auch an der ersten Sitzung des neu gewählten Stadtparlaments anfangs 2013 beraten werden könne, wie dies analog auch bei der Vereinigung von Luzern/Littauen der Fall gewesen sei? **Stadtpräsident Bruno Gähwiler** hielt fest, dass dies laut Aussage des Kantons nicht zulässig sei: Der Vorschlag 2013 müsse bis zum 31. Dezember 2012 beschlossen sein – dann aber sei das neue Parlament zwar gewählt, aber noch nicht im Amt.

Bezüglich des Antrages der SVP, GRÜNEN prowil und grünliberalen auf einen Wahlkreis in der vereinigten Gemeinde rief **Stadtpräsident Bruno Gähwiler** die Ergebnisse der konsultativen Abstimmungen in Strategiekonferenz und Foren in Erinnerung, welche sich jeweils deutlich für die Bildung von zwei Wahlkreisen für die Dauer einer Legislatur ausgesprochen hätten. Gleiches gelte auch für das Wappen: Dabei habe jeweils das kombinierte Wappen obsiegt, während die Beibehaltung des bisherigen Wappens unterlegen sei.

Bruno Egli, FDP, forderte das Parlament auf, zu diesen aus seiner Sicht unnötigen Anträgen nein zu sagen. „Stellen wir uns doch gemeinsam den Herausforderungen, welche die Zukunft bereithält. Die Vereinigung ist und bleibt eine Win-Win-Situation für beide Gemeinden, davon bin ich überzeugt.“

Abstimmungen zu den Anträgen in der Detailberatung:

Antrag der SP: Die vorberatende Kommission „Bericht des Gemeinderates Bronschhofen und des Stadtrates Wil / Vereinigungsbeschluss“ wird beauftragt, vor der 2. Lesung folgende Punkte zu beraten und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten:

- *Finanzielle Auswirkungen: Die Kostenfolgen der Leistungsanpassung sind auf der Grundlage der Gleichbehandlung der Bevölkerung der neuen Gemeinde in folgenden Bereichen durch die jeweiligen Departemente*



in nachvollziehbarer Weise auszuweisen: FKV: Kultur- und Vereinsleben; BS: Volksschule, sonderpädagogischer Bereich, Sport; BUV: Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts unter besonderer Berücksichtigung der Aufwertung Quartiere, soziale Durchmischung, Umsetzung Tempo 30, Langsamverkehr, ÖV-Angebot inklusive Abendangebot mit Taxi, Unterhalt Strassennetz, Umsetzung Veloinitiative, Umsetzung Liegenschaftskonzept; SJA: Alterszentrum Sonnenhof, Alter- und Pflegewohnungen, ambulante Pflege, Sozialhilfe, Jugendarbeit.

- *Bezüglich des Leistungsstandards wird vom Stadtrat eine klare Aussage erwartet, dass er sich nach Kräften dafür einsetzen wird, dass in der neuen Gemeinde keine Niveauanpassung nach unten vorgesehen ist. Für die ganze Gemeinde Wil soll das gleich gute Angebot gelten.*
- *Vorläufige Gemeindeordnung: Dem Stadtparlament sei die provisorische Gemeindeordnung zur Beratung vorzulegen. Diese muss verbindliche Aussagen über die Kompetenzen von Parlament und Stadtrat beinhalten*

Stadträtin Marlis Angehrn hielt fest, dass es nicht Aufgabe des Stadtrates sei, die gestellten Fragen zu bewerten, sondern sie zu beantworten- und diesem Auftrag werde man nachkommen. Der zweite Auftrag fordere den Stadtrat auf dafür zu sorgen, dass es in der neuen Gemeinde keine Niveauanpassung nach unten gebe. Einfach den jeweils höheren Standard entweder von Wil oder Bronschhofen zu übernehmen, sei sicherlich die bequemste Variante, weil keiner damit verärgert werde. Es ist aber sicher auch die teuerste Variante. Der umgekehrte Fall – jeweils das tiefere Niveau zu übernehmen – sei hingegen billiger, aber sorgt ebenfalls für Verärgern. Beides löse aber den Grundauftrag einer Gemeindevereinigung nicht: „Der Auftrag einer Vereinigung ist dann erfüllt, wenn wir allfällige Leistungsanpassungen sorgfältig abwägen – gegen oben, aber vielleicht auch gegen unten, jeweils dort wo es sachlich sinnvoll ist und dem Bedarf entspricht. Das entspricht dem Fusionsgewinn – nämlich das, was sie am Schluss einsparen, ohne dass es ihnen weh macht.“ Der Stadtrat sei sich dessen bewusst und werde diese Aspekte in seiner Beantwortung zur Fragestellung 2 des SP-Antrages offen legen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag der SP wurde mit 24 Ja- zu 16 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag 1 der SVP, GRÜNEN prowil, grünliberalen: *Der Stadtrat wird beauftragt, den Artikel „2. Organisation“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen folgendermassen zu ergänzen: Die neue Politische Gemeinde Wil organisiert sich als Gemeinde mit Parlament (mit 40 Mitgliedern). Sie bildet einen Wahlkreis.*

Abstimmungsergebnis: Der Antrag 1 der SVP wurde mit 15 Ja- zu 25 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 2 der SVP, GRÜNEN prowil, grünliberalen: *Der Stadtrat wird beauftragt, den bisherigen Artikel „3. Wappen“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen zu streichen und mit dem neuen Artikel „3. Wappen“ zu ergänzen: Die neue Politische Gemeinde Wil führt das Wappen der bisherigen Politischen Gemeinde Wil.*

Abstimmungsergebnis: Der Antrag 2 der SVP wurde mit 16 Ja- zu 24 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 3 der SVP, GRÜNEN prowil, grünliberalen: *Der Stadtrat wird beauftragt, den Absatz 3 des Artikels „5. Konstituierungsrat“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen folgendermassen zu ergänzen: Der Konstituierungsrat leitet das Vereinigungsverfahren und vollzieht den Vereinigungsbeschluss, soweit nicht die Räte der beteiligten Politischen Gemeinde Wil und Bronschhofen zuständig sind; informiert die Öffentlichkeit*



Seite 11

über das Vereinigungsverfahren; informiert das Parlament über den Stand des Vereinigungsverfahrens. Das Parlament kann zu den Informationen Stellung nehmen und Empfehlungen abgeben.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag 3 der SVP wurde mit 15 Ja- zu 22 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 4 der SVP, GRÜNEN prowil, grünliberalen: *Der Stadtrat wird beauftragt, den Absatz 1 des Artikels „7. Überführung von Verwaltungsstellen, Gemeindeunternehmen / Anstalten und Personal“ des „Vereinigungsbeschlusses zwischen der Politischen Gemeinde Bronschhofen und der Politischen Gemeinde Wil“ in Verhandlung mit dem Gemeinderat Bronschhofen zu streichen und neu folgendermassen zu formulieren: Die neue politische Gemeinde Wil kann Verwaltungsstandorte in Wil und Bronschhofen führen.*

Abstimmungsergebnis: Der Antrag 4 der SVP wurde mit 15 Ja- zu 25 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung zum stadträtlichen Antrag in 1. Lesung

Antrag des Stadtrates: *Der Vereinigungsbeschluss sei zu genehmigen und in zustimmendem Sinne den Stimmberechtigten zu unterbreiten.*

Infolge eines Ordnungsantrages von Norbert Hodel, FDP, wurde diese Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag des Stadtrates wurde mit 19 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.